



JUSOS

Ostwestfalen-Lippe

Stärker zurückkommen – Ansätze für eine Nach-Corona-Politik

Positionspapier des Regionalvorstands der Jusos Ostwestfalen-Lippe. Einstimmig beschlossen am 26.03.2020.

Die Corona-Krise ist ein bisher einzigartiger Einschnitt in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Mit einem außergewöhnlichen kurzfristigen Maßnahmenpaket versuchen Bund, die Länder und die Kommunen die Verbreitung des Virus zu verlangsamen, um so die Bevölkerung und vor allem die Risikogruppen zu schützen. Dass die Behörden und Entscheidungsträger*innen schnell gehandelt haben, ist richtig. Es muss klar sein, dass diese außergewöhnlichen Maßnahmen wirklich nur für diesen absoluten Ausnahmefall gelten und die massive Einschränkung von Bürger*innenrechten und das Herunterfahren des öffentlichen Lebens weder zum Dauerzustand noch zu einem normalen Bestandteil politischer Forderungen wird.

In der Krise gibt es viele Held*innen: Die Beschäftigten im Gesundheitswesen, der Pflege, Kassier*innen in den Supermärkten, Beschäftigte der Behörden, bei der Feuerwehr und im Rettungsdienst, Kraftfahrer*innen und viele weitere Berufsgruppen, die viel Arbeit auf sich nehmen, um ihren Beitrag zum Schutz der Bevölkerung zu leisten. Ihnen gilt Dank und Anerkennung. Es ist aber auch wichtig, dass Berufe, deren Systemrelevanz viele erst in der Krise zu erkennen scheinen, künftig auch besser bezahlt werden und dass der Personalschlüssel in diesen Bereichen verbessert wird, um Überforderung durch Überstunden entgegenzuwirken. Das betrifft besonders die Care- und Dienstleistungsberufe, die überwiegend von Frauen ausgeübt, unterbezahlt und auch gesellschaftlich nicht genügend anerkannt werden.

Selbst wenn es gelingt, den Virus-Ausbruch in den Griff zu bekommen, wird die Corona-Krise mittel- bis langfristige Konsequenzen für unser Alltagsleben haben. Wenn die Politik nicht entschieden und besonnen reagiert, drohen schwere wirtschaftliche Schäden, soziale Verwerfungen und massive Einschnitte im Zusammenleben der Menschen. Vorausschauende Politik muss verhindern, dass es auf einen tragischen Konflikt zwischen Menschenleben und Arbeitsplätzen

hinausläuft. Dafür darf die gerade notwendige Stilllegung des öffentlichen Lebens nicht unbefristet laufen, sondern braucht ein Ausstiegsszenario in absehbarer Zeit. Es gilt, die Zahl der Neuinfektionen auf ein beherrschbares Maß zu senken. Um nach der schrittweisen Wiederaufnahme des öffentlichen Lebens bis zur Entwicklung eines Impfstoffs dann alle erkrankten Menschen konsequent unter Quarantäne stellen zu können, müssen jetzt schnell die Möglichkeiten für flächendeckende Tests und konsequente Kontaktermittlung/Verfolgung der Infektionsketten entwickelt werden!

In der Krise reagiert die Politik weitestgehend klug und besonnen. Sowohl die Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung als auch die schon aufgestellten Instrumente zur Abfederung einer Wirtschaftskrise sind nicht zuletzt dank sozialdemokratischer Regierungsführung in den Bundesministerien für Finanzen und Arbeit geschaffen worden.

Aber eine Abfederung in der Krise allein reicht als politische Zielformulierung nicht aus. Jetzt müssen Konzepte entworfen werden, wie nach der Corona-Krise eine Akkumulation von Kollateralschäden und eine neue Krise verhindert werden können und stattdessen ein neuer Aufbruch für die Gesellschaft entstehen kann.

Auch in der Corona-Krise bleiben andere politische Herausforderungen bestehen. Es ist vorstellbar, dass die Globalisierung sich in ihrem Fortschreiten verändert. Es ist sogar möglich, dass es zu einer vorübergehenden De-Globalisierung kommt. Ein solcher Prozess trüge die Gefahr eines erstarkenden Nationalismus in sich und würde die durch die Globalisierung entstandenen sozialen Probleme nicht lösen. Obwohl der CO²-Austoß durch das Einbrechen der Wirtschaft gerade kurzfristig zurückgeht, bringt die Corona-Krise den Kampf gegen den Klimawandel keinen Schritt voran, denn so werden vermeintliche klimapolitische Fortschritte durch sozialpolitische Rückschritte erkaufte. Die notwendige sozialökologische Transformation bleibt eine bestehende Aufgabe und muss progressiv gestaltet werden. Und auch die Digitalisierung bleibt eine Herausforderung. Gerade unter den Vorzeichen einer möglicherweise kollabierenden Wirtschaft steigert ein solcher Transformationsprozess den Druck auf die Arbeitnehmer*innen.

Wir haben uns mit Blick auf diese Vorzeichen dafür entschieden, drei Themengebiete für den Aufbruch in der Nach-Corona-Zeit in den Blick zu nehmen:

1. Die Wiederbelebung der Konjunktur mit einem Voranschreiten in den wirtschaftlichen Transformationsprozessen.
2. Eine hinreichende Ausstattung der Kommunen, um ein neues gutes Zusammenleben vor Ort organisieren zu können.
3. Reformschritte für die Europäische Union, um eine Renationalisierung Europas zu verhindern.

Wiederbelebung der Konjunktur – in die Zukunft investieren

Die Politik hat schnelle Maßnahmen zur Verhinderung eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs auf den Weg gebracht. Die Regelungen zum Kurzarbeiter*innengeld aus dem Ministerium von Hubertus Heil sind genauso

wertvoll wie die Kreditzusagen von Olaf Scholz. Soforthilfen für kleine Unternehmen und Selbstständige, das Aussetzen der Vermögensprüfung bei Hartz-IV-Anträgen und der Schutz von Mieter*innen und Schuldner*innen sind weitere schon auf den Weg gebrachte wirtschaftliche und sozialstaatliche Maßnahmen, die abfedern können.

Wir wollen unseren Blick daher darauf legen, mit welchen Maßnahmen eine schnelle Erholung nach der Krise und dabei gleichzeitig eine Stärkung möglich ist. Die Gefahr für die Wirtschaft ist groß, aber eine schwere Wirtschaftskrise nicht unvermeidbar. Dafür müssen die Weichen auf eine investive Wirtschaftspolitik und auf einen Sicherheit schaffenden Sozialstaat gelegt werden.

Die in der aktuellen Debatte oft geforderte Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens wäre dabei der falsche Weg.

Wir schlagen folgende Maßnahmen vor:

- Ein Konjunkturpaket zur Steigerung der Nachfrage mit massiven öffentlichen Investitionen. Die Investitionen sollten sowohl über unkomplizierte Wege den Kommunen zur Verfügung gestellt werden als auch direkt über Bund und Länder laufen. Folgende sechs Schwerpunkte gilt es dabei zu setzen:
 - Ausbau und Modernisierung des Schienennetzes.
 - Instandsetzung, Neubau und Anschaffung digitaler Hardware in Bildungseinrichtungen wie Schulen, Kindertagesstätten und Universitäten.
 - Programme zum öffentlichen Wohnungsbau.
 - Ausbau erneuerbarer Energien über Programme wie Windbürger*innengelder und kommunal subventionierter Ausbau von Solardächern.
 - Aufbau massiver Kapazitäten zur Wasserstoff-Produktion.
 - Flächendeckender Ausbau digitaler Netze.
- Weitere Stimulierungen privater Investitionen. Gerade in einer möglichen Rezession werden private Investitionen dringend benötigt. Auch hier gilt es, schwerpunktmäßig die Transformationen in den Bereichen Sozialstaat, Digitalisierung und Klimaschutz voranzutreiben. Dafür eignen sich folgende Maßnahmen:
 - Durch einen bei der KfW aufgesetzten oder staatlichen Fonds kann Kapital für innovative Neugründungen zur Verfügung gestellt werden.
 - Die stattfindenden und zu erwartenden Transformationsprozesse erzeugen erheblichen Weiterbildungsbedarf, um Beschäftigung zu sichern. Beschäftigte müssen qualifiziert werden, um in geänderten oder neuen Berufsfeldern gute Arbeit zu finden. Neben einem

Ausbau der Kapazitäten der Berufskollegs ist auch dringend in betriebliche und überbetriebliche Weiterbildungsangebote zu investieren. Auch hierfür könnte ein bei der KfW aufgesetzter oder staatlicher Bildungsfonds die notwendigen Mittel aufbringen, um das lebenslange und immer wiederkehrende Lernen im Job zu ermöglichen.

- Um Unternehmensinsolvenzen zu verhindern, wird der Staat sich mit Eigenkapital an vielen Unternehmen beteiligen müssen. Dabei sollen klare Kriterien gesetzt werden, dass die Beteiligung des Staates nur stattfindet, wenn die künftigen Geschäftsfelder der Unternehmen für sozialen und ökologischen Fortschritt und nicht für Rückschritt und Stillstand stehen, dass Vorstandsgehälter und -boni gedeckelt sind und dass in den Unternehmen nach Tarif bezahlt wird.
- Durch steuerpolitische Maßnahmen können Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen in Digitalisierung und Klimaschutz verbessert werden.
- Der Sozialstaat muss schnell darauf eingerichtet werden, mit Maßnahmen zu Fortbildung und Umschulung Menschen neue Perspektiven zu geben. Es droht die Gefahr, dass Menschen ihre Arbeitsplätze verlieren und vorübergehend kaum bis gar keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden. Deshalb gilt es für den Sozialstaat zweierlei Schwerpunkte zu setzen: Zum einen Weiterbildungen, um die Transformationen zu begleiten. Zum anderen auf den gerade in der Krise wieder sichtbar gewordenen desolaten Zustand der Careberuf wie der Pflege oder der frühkindlichen Bildung reagieren. Dafür bietet sich an:
 - Die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I auf 48 Monate, wenn die Zeit der Arbeitslosigkeit für Weiterbildung oder Umschulung genutzt wird.
 - Eine Ausweitung des Kurzarbeiter*innengeldes auf die Finanzierung von Weiterbildungen während der Maßnahme.
 - Arbeitgeber werden verpflichtet, das Kurzarbeiter*innengeld auf 85 Prozent aufzustocken, wenn das Volumen der Kurzarbeit mehr als 50 Prozent der regulären Arbeitszeit beträgt.
 - Ein staatlich subventioniertes Umschulungsprogramm für Careberufe wie Pflege, frühkindliche Bildung etc.
- Der Aufbau einer Pharmaindustrie, die die Abhängigkeit von bisherigen Lieferketten löst, muss ein strategisches Ziel der Gesundheitspolitik werden. Dabei muss vor allem in den Blick genommen werden, wie staatliches Kapital für pharmazeutische Innovationen und Neugründungen zur Verfügung gestellt werden kann.
- Eine Aufwertung von Careberufen wie Pflege muss finanzielle Folgen haben. Ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag Pflege wird dafür ein wichtiger Schritt sein.

- Zur Finanzierung der Wiederbelebung der Konjunktur sollte auf eine Doppelstrategie gesetzt werden: Eine Abkehr von der ökonomisch unsinnigen gesetzlichen Verankerung von Sparpolitik und eine Besteuerung, die den Faktor Kapital stärker belastet und den Faktor Arbeit entlastet. Grundsätzlich lässt die Schuldenbremse in Krisenzeiten Ausnahmen zu. Trotzdem sollte kurzfristig auf den Weg gebracht werden:
 - Eine schnelle Reform der Schuldenbremse, sodass der Spielraum speziell für investive Schulden vergrößert wird.
 - Die Prüfung einer einmaligen krisenbedingten Vermögensabgabe für sehr hohe Vermögen.
 - Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer sollte schnell umgesetzt werden. Eine Einführung der Vermögenssteuer und eine Reform der Erbschaftssteuer, so wie sie vom SPD-Bundesparteitag beschlossen wurden, wären ebenfalls sinnvolle Schritte.

Kommunen finanziell gut ausstatten – gutes Zusammenleben vor Ort ermöglichen

In den Kommunen wird derzeit eine wahnsinnig intensive Arbeit geleistet. Im deutschen Föderalismus sind es die Kommunen, die die Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung umsetzen müssen. In den kommunalen Krisenstäben, den Ordnungsbehörden und erst recht in den kommunalen Krankenhäusern wird ein großer Anteil zur Bewältigung der Krise geschafft.

Dabei kommen finanziell schwierige Zeiten auf die Kommunen zu: Für viele Verwaltungen sind zum Beispiel Ausgaben notwendig, um in der Corona-Zeit digital arbeitsfähig zu sein. Die Digitalisierung der Verwaltungen kann dabei als Chance für die Zukunft gesehen werden. Gleichzeitig droht aber durch die bevorstehende Rezession ein Einbruch der Gewerbesteuern.

Dabei sind es gerade die Kommunen, auf die es in der Nach-Corona-Zeit ankommen wird. Nicht nur, weil ein Großteil der Investitionen in den Kommunen getätigt wird. Wenn das öffentliche Leben Stück für Stück wieder hochgefahren wird, wird in den Kommunen ein neues gutes Zusammenleben organisiert werden müssen. Vorstellbar sind etwa Mikrohilfspakete, die den Fortbestand von lokalen, durch den Corona-bedingten Ausfall von Festveranstaltungen oder ähnlichem in finanzielle Schwierigkeiten geratenen Vereinen ermöglichen. Dafür muss die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen schnell hergestellt werden.

Deshalb sollten folgende Maßnahmen schnell in Angriff genommen werden:

- Die Corona-Krise zeigt erneut: Die Gesundheitsversorgung gehört in öffentliche Hand. Der Bund sollte einen Topf auflegen, der es Kommunen ermöglicht, private Krankenhäuser zu kommunalisieren.
- Viele Kommunen leiden unter der erdrückenden Last der Altschulden. Gerade die Kommunen, die als Globalisierungsverlierer starke Strukturwandel zu bewältigen hatten, wurden in Folge einer erhöhten Arbeitslosigkeit durch die Nichteinhaltung des Konnexitätsprinzips bei

Sozialleistungen in den Abbau von freiwilligen Leistungen und die Verschuldung durch Kassenkredite getrieben. Für diese Kommunen braucht es eine schnelle Übernahme der Altschulden.

- Eine schnelle grundsätzliche Reform der Kommunalfinanzierung muss die Kommunen aus ihrer Abhängigkeit von der Gewerbesteuer lösen. Damit müssen auch Probleme gelöst werden, die kommunale Steueroasen wie Monheim am Rhein herstellen, die mit ihrer antisozialen Gewerbesteuerpolitik der öffentlichen Hand wichtige Mittel entziehen. Mögliche konkrete Maßnahmen dazu wären:
 - Eine Heraufsetzung des kommunalen Anteils bei noch zu bestimmenden Gemeinschaftssteuern zur Stärkung der Investivkraft der Kommunen ist zu prüfen.
 - Eine Heraufsetzung der im Grundgesetz normierten Schwelle zum Umschlagen einer Leistungsbereitstellung in eine Bundesauftragsverwaltung von derzeit 49% auf 60-75% ist ebenfalls zu prüfen. Der Vorteil einer solchen Maßnahme wäre, dass die Finanzierungsbeitragung des Bundes bei kommunalen Sozialausgaben nach SGB II über 49 % des jeweiligen Budgetpostens betragen dürfen, ohne dass die Aufgabe automatisch in eine Bundesauftragsverwaltung überführt wird, wodurch das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung beeinträchtigt werden würde. Eine Entlastung der Kommunen bei den konsumtiven Ausgaben lässt mehr Spielraum für investive Ausgaben.
 - Die Bandbreite der Gewerbesteuerhebesätze ist mittelfristig enger zu fassen. Der Mindesthebesatz für die Gewerbesteuer liegt aktuell bei 200%. Eine bundeseinheitliche Bandbreite von beispielsweise 300 – 400 % für die kommunalen Gewerbesteuerhebesätze wäre dazu geeignet, ein Auseinanderlaufen der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen zu vermeiden. Ein sozialdemokratisches Verständnis von gewerbesteuerlicher Politik kann nicht darauf basieren, die eigene Wettbewerbsfähigkeit durch Steuerdumping zulasten der Nachbarkommunen zu steigern. In der kurzen Frist müsste aber ein Ausgleichmechanismus – beispielsweise durch Bundeszuschüsse – geschaffen werden, um die Steuerausfälle für finanzschwache Kommunen mit hohen Gewerbesteuerhebesätzen zu kompensieren.
 - Die Finanzierung der Landschaftsverbände in Nordrhein-Westfalen ist zu reformieren. Nordrhein-westfälische Kommunen haben im Ländervergleich darunter zu leiden, dass sie in erheblichem Maße die Kosten für die Landschaftsverbände tragen, während sie in anderen Bundesländern durch den Landeshaushalt finanziert werden. Im Landschaftsverband Westfalen-Lippe wird der Haushalt zu zwei Dritteln aus Beiträgen (Landschaftsumlage) der Landkreise und kreisfreien Städte finanziert. Künftig sollte der kommunale Anteil nicht über 50 Prozent liegen.
 - Die Zuweisung von Landes- und Bundesmitteln soll künftig durch die Ausweitung von Schlüssel- und Grundzuweisungen erfolgen. Die zunehmende Verknüpfung von Zuschüssen mit Projekten führt zu

einer Hemmung der kommunalen Selbstverwaltung. Städtebauliche Vorhaben werden oft nur noch durchgeführt, wenn sie in ein bestimmtes Projektraster passen mit entsprechender finanzieller Förderung durch das Land. Dabei sind manch durchgeführte kommunale Projekte nicht prioritär, sie werden nur aufgrund der Zuschüsse höherer Ebenen durchgeführt.

Europa reformieren – Renationalisierung verhindern

Die Europäische Union spielt bei der Bekämpfung der Corona-Krise nur eine untergeordnete Rolle. Die nationalen Alleingänge bei den Grenzschießungen und die fehlende Garantie, dass der Schengen-Raum nach Corona wieder geöffnet werden, zeigen, in was für einer Gefahr sich die europäische Idee befindet.

Als Konsequenz aus der Krise muss die Europäische Union ihre Integration vorantreiben., auch, um eine Renationalisierung zu verhindern. Eine weitergehende Integration darf aber nicht ziellos alle Bereiche des politischen Lebens betreffen, sondern muss sich auf die Bereiche konzentrieren, in denen jetzt ein gemeinsames europäisches Vorgehen benötigt wird. Neben der Außenpolitik (auf die hier nicht näher eingegangen werden soll) sind das die Entwicklung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik, die soziale Absicherung, Migrationspolitik und der Kampf gegen den Klimawandel.

Sinnvoll sind dabei folgende Schritte:

- Euro-Bonds können verhindern, dass die Corona-Krise die besonders schwer betroffenen Staaten in die finanzielle Handlungsunfähigkeit treibt.
- Eine weitere schnelle Reform der Eurozone muss gezielte Investitionen ermöglichen, um wirtschaftliche Ungleichgewichte ausgleichen zu können.
- Maßnahmen gegen das massive Ungleichgewicht der Außenhandelsbilanzen sind gerade in der Krise notwendig. Das heißt in erster Linie eine Stimulierung der Binnennachfrage in Staaten mit hohen Exportüberschüssen wie Deutschland.
- Die EU braucht dringend einen Regionalentwicklungsplan für Süd- und Osteuropa. Die noch immer unter der Eurokrise leidenden südeuropäischen und viele osteuropäischen Staaten haben eine deutlich geringere ökonomische Komplexität als etwa Deutschland. Dieser strukturellen Ungleichheit der Produktionsbedingungen muss gegengesteuert werden.
- Die EU sollte eine eigene Gesellschaft zur Produktion von Wasserstoff aufbauen.
- Auch nach Corona wird die globale Migration nicht nachlassen. Es braucht schnell ein unkompliziertes über die Kommunen laufendes Verfahren zur Verteilung von vor Krieg, Verfolgung und Elend fliehenden Menschen.

Ein neuer Aufbruch kann aus der Krise helfen

Der gesellschaftliche Ausnahmezustand geht an vielen Stellen weit über die Belastungsgrenzen hinaus. Wir erleben aber auch: Not macht erfinderisch! Selbstständig haben viele private, öffentliche und gesellschaftliche

Organisationen ihre Prozesse digitalisiert. Bei allen aufklaffenden Problemen: Plötzlich geht vieles digital, woran vorher nicht einmal zu denken war. Darüber hinaus haben sich Netzwerke zur Nachbarschaftshilfe und Nahversorgung gegründet – teils mit, teils ohne staatliche oder andere institutionelle Unterstützung. Nicht alles, was in der Krise notwendig ist (z.B. an notdürftig digitalisierten Prozessen bis hin zu Betriebsratssitzungen), sollte auch so weitergehen. Aber an vielen Stellen gibt es beachtliche gesellschaftliche Innovationen – gerade auch im Gesundheits- und Bildungssystem. Wir fordern deshalb auf allen politischen Ebenen Evaluationsprozesse über diese Innovationen. Wo möglich sollten Wettbewerbe angesetzt werden, bei denen die besten Ideen prämiert werden. Als Konsequenz aus dieser Evaluation wollen wir Förderprogramme schaffen, die die gesellschaftlichen Innovationen aus der Corona-Krise in die Breite tragen – und die stärkere öffentliche/gesellschaftliche Reserven/Vorsorge für erneute Krisenfälle mit sich bringen. Denn klar ist: Nur ein ausfinanziertes, personell bestens ausgestattetes wie ausgebildetes, aber genauso innovatives und flexibles Gemeinwesen bringt Krisenresilienz und dauernde Fortschrittsfähigkeit zusammen.

Deutschland und Europa sollten die Corona-Krise und die anschließenden drohenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten als Signal verstehen, dass die Zeiten des Verwaltens von Stillstand vorbei sein müssen. Auf die Krise muss ein neuer Aufbruch folgen, der der Gesellschaft neue Perspektiven gibt und neues soziales und nachhaltiges Wachstum schafft. Dafür können die in diesem Papier stichpunktartig genannten Ansätze den Weg weisen.